Fachkräftemangel und Bildungsarmut – Die Krise des deutschen Berufsbildungssystems

Heike Solga

Wir sitzen auf einer seit Jahren tickenden Zeitbombe, denn jeden siebten jungen Erwachsenen oder knapp 1,5 Mio. junge Menschen schicken wir ohne eine Berufsausbildung ins Erwerbsleben bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit in Hartz IV. In Ostdeutschland wird sich der rapide Rückgang der Ausbildungs-Jahrgangsstärken bis 2010 fortsetzen, in Westdeutschland geschieht dies schrittweise bis 2025. Die Annahme ist weitverbreitet, dass sich die Ausbildungskrise durch die demografische Entwicklung quasi von selbst erledigen wird. Die Demografie wird diese Zeitbombe aber keineswegs entschärfen, denn es handelt sich nicht nur um eine quantitative, sondern auch qualitative Krise.

Erstens wird sich das betriebliche Ausbildungsplatzangebot in der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht erhöhen. Das wäre allerdings notwendig. Bereits 2007 waren mehr als die Hälfte der Ausbildungsplatzsuchenden sogenannte Altbewerber. Wenn diese jungen Erwachsenen jedoch heute keine Ausbildung beginnen können, stehen sie auch langfristig nicht als Fachkräfte zur Verfügung. Bereits im Ausbildungsjahr 2009/10 wird es weniger Plätze geben als im Vorjahr. Im Ausbildungspakt 2009 wurden nur 580.000 Ausbildungsplätze seitens der Wirtschaft zugesagt. Das Nachfragepotenzial an sogenannten ausbildungsreifen und -willigen Jugendlichen (mit einem Schulabschluss und eine Ausbildung suchend) liegt hingegen bei rund 780.000. Um die Ausbildungschancen dieser Jugendlichen wenigstens auf dem Niveau von 2008 zu halten, wären ca. 604.000 Ausbildungsplätze erforderlich. Und selbst dann wären noch 176.000 dieser Jugendlichen ohne eine Chance auf eine Ausbildungsstelle. Angesichts dieser Differenz zwischen Nachfrage und versprochenem Angebot sind solche Sätze aus der gemeinsamen Pressemitteilung zum Ausbildungspakt (vom 19.6.2009) wie „die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz sind trotz Krise in der Tendenz so gut wie in den vergangenen Jahren“ und „die Paktpartner bekräftigen das Ziel, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung zu machen“ nicht angemessen. Sie entsprechen weder der Situation auf dem Ausbildungsmarkt noch der wirtschaftlichen Entwicklung, für die gut ausgebildete Fachkräfte essenziell sind, – und erst recht nicht der Zukunft der Jugendlichen.

Wie kommt es zu diesem Widerspruch zwischen vorhandener Ausbildungskrise und den Erfolgsmeldungen seitens der Wirtschaft und Politik? Seit 1977 werden in der Ausbildungsbilanz als Nachfrager nur jene Ausbildungssuchende betrachtet, die am 30.9. eines Jahres einen Ausbildungsplatz haben oder bei der Bundesagentur für Arbeit als noch „unversorgt“ gelten. Jugendliche, die eine Maßnahme im „Übergangssystem“, ein Praktikum, eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben oder die jobben, gelten hingegen als „versorgt“ und werden nicht zu den Nachfragern gezählt. Diese Ausbildungsbilanzierung unterschätzt jedoch systematisch und wissentlich die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage erheblich.

Sie ist so hoch, wie die Zahlen für 2009 zeigen, dass sie sich (zumindest in Westdeutschland) demografisch nicht von selbst erledigen wird.

Zweitens gibt es auch technologische, arbeitsorganisatorische und qualifikatorische Entwicklungen der Arbeitstätigkeiten – und zwar hin zu höheren beruflichen Anforderungen an Beschäftigte und Auszubildende. Angesichts dieser steigenden Anforderungen rekrutieren Unternehmen bereits heute nicht unabhängig vom Schulabschluss. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Somit wird die Fachkräftelücke größer sein, als es die demografische Entwicklung signalisiert, wenn wir nicht massiv auf eine höhere Schulbildung der nachwachsenden Jahrgänge drängen.

Damit ist drittens in Rechnung zu stellen, dass sich seit mehr als einem Jahrzehnt der Anteil der Jugendlichen ohne einen Hauptschulabschluss kaum verändert hat. Sie gelten als (noch) „nicht ausbildungsreif“ und gehen zu fast 80 % ins „Übergangssystem“. Schulabgänger mit einem Hauptschulabschluss haben bereits heute immer geringere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Von ihnen mündet seit Jahren die Hälfte in „Maßnahmen“. Auch für diese Gruppe sind angesichts der steigenden beruflichen Anforderungen keine Verbesserungen zu erwarten. Dieser Trend der Exklusion von Jugendlichen ohne einen *mittleren* Schulabschluss wird sich zukünftig eher verstärken.

Das deutsche duale Ausbildungssystem kann damit immer seltener relativ friktionsfreie Übergänge von der Schule ins Erwerbsleben gewährleisten. Ursachen dafür sind die enge Marktbindung der dualen Ausbildung sowie die Tatsache, dass bildungspolitische Kontroversen über eine Reform des Berufsbildungssystems vermieden werden. Damit wird das jährliche Defizit an voll qualifizierenden Ausbildungsplätzen dem „Übergangssystem“ überlassen, statt mehr voll qualifizierende außerbetriebliche und schulische Ausbildungsplätze, die gleichfalls dual und praxisnah gestaltet werden könnten, anzubieten.

Zukünftig werden Fachkräfte stärker als heute ein knappes Gut sein. Wie groß diese Knappheit jedoch sein wird, ist nicht allein eine Frage der Demografie, sondern hängt auch wesentlich davon ab, wie wir unser Bildungs- und Berufsbildungssystem verändern, um Bildungsarmut abzubauen.

Prof. Dr. Heike Solga ist Direktorin der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) sowie Direktorin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheiten, Bildungs- und Arbeitsmarktforschung, insbesondere zur Thematik von gering Qualifizierten, Lebenslaufsforschung.
e-mail: solga@wzb.eu